

HEINRICH OBERREUTER · PASSAU

## KRISE DER DEMOKRATIE?

Erlebte die Demokratie nicht einen unaufhaltsamen Siegeszug um die Jahrtausendwende? Gewinnt ihr wesensbestimmendes Fundament, die Legitimationskraft des Volkes, im zweiten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts, nicht sogar im islamisch-arabischen Raum Durchsetzungskraft, so dass wir vor der Ausrufung einer vierten Welle der Demokratisierung<sup>1</sup> stehen? Tatsächlich ist der Optimismus finaler Durchsetzung der Demokratie<sup>2</sup> längst verfliegen. Aus positiven Ansätzen entwickelte sich Stagnation und Rückschritt, nicht zuletzt im ehemaligen Sowjetreich, mit Abstrichen von Legitimität der Herrschaft, Machtbalance, Oppositions- und Bürgerfreiheit sowie realer Partizipation: defekte Demokratien,<sup>3</sup> von der Fortexistenz entschieden antidemokratischer Systeme in Asien oder Afrika gar nicht zu reden. Dort, wo traditionale oder autokratische Herrschaft herausgefordert oder hinweggefegt wird, herrscht keineswegs Klarheit über das Modell der künftigen Ordnung, geschweige denn über die Realisierungschancen einer liberalen Demokratie.

Gleichzeitig nimmt die Kritik- und Krisenrhetorik über deren reale Erscheinungsform in den etablierten und «reifen» Systemen des Westens selbst zu. Unstrittig steht sie vor grundlegenden Veränderungen, für die symptomatisch nur die Supranationalisierung politischer Entscheidungen, die wachsende Wohlstandorientierung der Bürger im Angesicht sich globalisierender Wirtschafts- und Finanzkrisen sowie der Dualismus zwischen individuellem Freiheitsbedürfnis und Sicherheitserwartungen genannt seien. Politische Entscheidung steht unter hohem Leistungsdruck, erzeugt von den Bürgern. Diese selbst räumen demokratischen Prinzipien keineswegs Priorität vor ihren Wohlfahrtsbedürfnissen ein. Ebenso wenig entwickeln sie ausgeprägte Bereitschaft zum politischen Engagement<sup>4</sup> oder auch nur zur rationalen Auseinandersetzung mit dem an Komplexität zunehmenden politischen System. Ein früheres erfolgreiches Forschungsprojekt<sup>5</sup> fortführend, fragten Susann Pharr und Robert Putnam nicht ohne Grund zu

*HEINRICH OBERREUTER, geb. 1942, ist Professor für Politikwissenschaft an der Universität Passau. Er ist Direktor der Akademie für Politische Bildung in Tutzing, sowie u.a. Vorsitzender der Sektion für Politik- und Kommunikationswissenschaft der Görres-Gesellschaft.*

Beginn des 21. Jahrhunderts, wieso in erfolgreichen, demokratisch erprobten Nationen Europas, Asiens (Japan) und Amerikas (USA) das öffentliche Vertrauen in politische Führung und Institutionen sich auf einem Allzeit-Niedrigstand befinde.<sup>6</sup>

Keineswegs handelt es sich um ein spezifisch deutsches oder ein aus klassischer deutscher Politikverdrossenheit<sup>7</sup> entspringendes Phänomen, sondern um eines, das politische Kulturkreise überspannt. England, Frankreich, Italien sind nicht ausgenommen. Nicht zuletzt in den USA sind Missmut und Zynismus gegenüber der politischen Elite «within the beltway» seit längerem tief verwurzelt. Beklagt werden die Privilegierung von big business und big money vor den Bürgern und deren Marginalisierung in der politischen Willensbildung. Bezweifelt wird sogar die Repräsentativität des politischen Systems – Tendenzen, die bei aller Wandlungsoffenheit der Demokratie schwer umkehrbar erscheinen.<sup>8</sup>

### *Vertrauensentzug – Zur Lage in Deutschland*

Von «Bedrohungen der Demokratie»<sup>9</sup> ist auch in Deutschland die Rede. Der Vertrauensverlust von Führung und Institutionen in den letzten 15 Jahren ist dramatisch.<sup>10</sup> Dahinter steht auch als nicht zu unterschätzende Determinante die klassische politisch-kulturelle Distanz zum Politischen, speziell insofern es pluralistisch-konfliktorientiert sowie parteiendominant interpretiert wird. Die «Sehnsucht nach Harmonie» (Ralf Dahrendorf) begründet ein gemeinschaftsorientiertes, kooperatives Politikverständnis, das ein spezifisches Charakteristikum der politischen Kultur der Deutschen ist, vergleichbar dem amerikanischen Skeptizismus gegenüber der Staatsmacht. Jedenfalls entzieht es den Akteuren und Institutionen der Parteiendemokratie auch dann Zustimmung, wenn sie sich grundsätzlich systemkonform («Parteienstreit») verhalten.

Als Basisindikator für Grundvertrauen dient die *Einstellung* zur Demokratie als Staatsform, bei der Deutschland – durchaus auch vereinigungsbedingt – seine frühere europäische Spitzenstellung verloren hat. Immerhin bekunden 2008 92 Prozent der Deutschen Zustimmung zur Demokratie als Ordnungsmodell, wobei die Intensität in Ost und West sich signifikant unterscheidet, ohne größere Schwankungen seit der Wiedervereinigung.<sup>11</sup>

Differenzierter ist die Zufriedenheit mit dem *Funktionieren* der Demokratie, die wesentlich von der Performanz der Institutionen abhängt. Zwischen 1991 und 2006 ergibt sich hier durchschnittlich ein Befund von 62 Prozent West und 38 Prozent Ost bei Konstanz des nicht näher bezeichneten Abstandes.<sup>12</sup> Im Osten besteht zudem eine erstaunliche Attraktivität von Alternativen zur bundesrepublikanischen Demokratie als «bester Staatsform». Insgesamt übersteigt in Ost (67 Prozent) und West (52 Prozent) die

Unzufriedenheit die Zufriedenheit (32 Prozent Ost, 47 Prozent West) im Jahr 2008 erheblich.<sup>13</sup> West- und Ostdeutsche verbinden mit dem Demokratiebegriff Unterschiedliches: ein liberales, sozial abgestütztes Modell einerseits, eine Synthese von Demokratie und Sozialismus andererseits, welche Gleichheit vor Freiheit, Stärkung des Sozialstaates und Staatsinterventionismus favorisiert.<sup>14</sup>

In diesen Befunden spiegelt sich neben der Leistungshypothese auch der Sozialisationsansatz, nach dem die Einstellung zur demokratischen Ordnung umso negativer ist, je positiver sie zum zuvor bestehenden politischen System war. Jenseits dieser Spezifika sind – in West wie Ost – auf allen untersuchten Gebieten die Vertrauensdaten langfristig im Abwärtstrend, wie auch in Europa und weltweit.

Hinsichtlich der Einstellungen zum politischen Führungspersonal gibt es keinen gegenläufigen Trend. Auf der Gefühlebene werden vermisst: Glaubwürdigkeit (87 Prozent), Ehrlichkeit (87 Prozent), Sparsamkeit (78 Prozent), Prinzipientreue (73 Prozent); auf der Leistungsebene: Kompetenz 72 Prozent.<sup>15</sup> Wenn Werte Vertrauen schaffen, sind die wahrgenommenen Wertemuster von Politikern und die hier referierten Tugenddefizite in diesem Prozess von Vertrauensgewinn und -verlust von nicht unerheblicher Bedeutung. Demnach besteht allenfalls noch eine schütterere Vertrauensbasis – unabhängig davon, ob die Bürger ihrerseits kompetent und glaubwürdig urteilen. Wie kann der Bürger gewiss sein, dass die von ihm Beauftragten kompetent und gerecht in seinem Interesse handeln, wenn ihnen die dazu notwendigen Eigenschaften nach seinem subjektiven Urteil in großem Ausmaß fehlen? Steht das wahrgenommene Eigenschaftsprofil nicht im Gegensatz zur Basis der Beauftragung und der damit verbundenen Erwartungshaltung?

Ein Vergleich der Wertemuster bei der Bevölkerung mit dem von ihr wahrgenommenen Wertemuster der Politiker ist höchst aufschlussreich, weil er nahezu eine Umkehrung der Wertestruktur offenbart: Im Gegensatz zur besonderen Wichtigkeit für sich selbst glaubten die Bürger, im Verständnis der Abgeordneten seien Ehrlichkeit – diese speziell –, Verantwortung für das eigene Handeln und Respekt vor anderen von untergeordneter Bedeutung. Zugleich schätzen sie das Wertedefizit der Politik erheblich höher ein als das der Gesellschaft oder sogar der Unternehmen.<sup>16</sup> Auf diesem Hintergrund vertrauen sie den Abgeordneten noch weniger als der Institution Bundestag<sup>17</sup>, zumal sie ihnen noch Leistungs- und Responsivitätsdefizite unterstellen. Politiker stellen sich nach dem Urteil der Bürger oft aus der Verantwortung und agieren zusätzlich abgehoben von der Bevölkerung, deren Situation sie nicht mehr kennt.<sup>18</sup> Je höher das Wertedefizit der Politiker eingeschätzt wird, umso geringer fällt das Vertrauen in die aktuelle Funktionsfähigkeit der Demokratie aus.

### *Im Übergang zur «Postdemokratie»?*

Wenn Zustimmung und Vertrauen zur Demokratie erheblich durch Prosperität und soziale Sicherheit (Wirtschaftswunder, «It's the economy, stupid!») vermittelt worden sind, bleiben Verunsicherungen durch Leistungseinbrüche von Ökonomie und Politik nicht ohne Folgen für die Akzeptanz des Systems, ganz zu schweigen von zusätzlichen Ansprüchen grundsätzlich saturierter Gesellschaften. An deren Wohlfahrtsforderungen, die Effizienzorientierungen über demokratische Tugenden stellen sowie Exekutive und organisierte Interessen stärken, knüpft die These vom Übergang zur Postdemokratie an.

Nach Colin Crouch fallen Entscheidungen zunehmend im Diskurs zwischen politischen und ökonomischen Eliten im Hinterzimmer, während die politische Diskussion verfallen und unter Marginalisierung der Bürger zur Medienwerbung verkommen ist.<sup>19</sup> Andere<sup>20</sup> beschwören ganz auf dieser Linie die Entwicklung zur «post-parlamentarischen» Demokratie, geprägt von der wachsenden Potenz privater Akteure im politischen Prozess und von der Entstehung neuer außerparlamentarischer Formen politischer Steuerung. Im Ergebnis entsteht ein «System post-parlamentarischer Governance», dominiert von Interessengruppen, Experten, informalen Gruppen und Netzwerken. Parlamente hätten gar nicht mehr die Kompetenz, die erforderlichen Leistungen zu erbringen. Denn die westlichen Gesellschaften seien mittlerweile dermaßen hochdifferenziert und komplex, dass der parlamentarische Betrieb keine hinreichende Steuerungs-, Kontroll- und Beratungskompetenzen mehr auszubilden vermöchte. Insbesondere mangle es an der intellektuellen Kompetenz der Abgeordneten. Die Verantwortung bleibe ihnen zwar – aber nur als «öffentlicher Mythos».

Ein an sich kritischer Tatbestand avanciert aus dieser Perspektive als «assoziative Demokratie» zu einem neuen, geradezu normativen Modell: Gesellschaften könnten sich über ihre Assoziationen besser selber repräsentieren und organisieren. Dies ist ein Konzept der Selbstentfaltung nicht des Individuums, sondern der organisierten Interessen und Netzwerke. Es bedeutet eine Unterminierung der repräsentativen Demokratie, der grundsätzlichen Gleichheit aller hinsichtlich ihrer politischen Rechte sowie der politischen Öffentlichkeit. Parlamenten kommt noch die Funktion zu, durch ihre Symbolik und Riten mythologische Arbeit an der Integration der Gesellschaft zu leisten. Im Kern aber regiert sich die in abgestuften Formen organisierte Gesellschaft mit der Regierung als Partnerin selbst.

Der Akzent dieses Ansatzes beruht auf der Effektivität der Problemlösung, nicht auf ihrer demokratischen Legitimation. Entwertet werden dadurch Verfassungsprinzipien, Entscheidungsorgane und Entscheidungsverfahren – speziell die parlamentarischen.

Auch im deutschen Staatsrecht wird die Tendenz zum verhandelnden und zum paktierenden Staat kritisiert, ohne sie normativ zu überhöhen: ein neuer Typus staatlicher Aufgabenwahrnehmung, welcher teils neben das Verfassungsrecht, teils an dessen Stelle tritt. Absprachen zwischen Staat und Privaten erzielen dadurch Verbindlichkeit wie die Gesetze. Im Unterschied zu diesen gehen sie aber nicht aus allgemeiner Diskussion und Partizipation hervor. Es entsteht eine «neue Privilegienstruktur» zugunsten jener ohnehin mächtigen gesellschaftlichen Kräfte, die staatliche Pläne durchkreuzen können und deren Folgebereitschaft gesichert werden soll.<sup>21</sup> Die an den Verhandlungen Beteiligten erwarten, dass ihre Ergebnisse gelten und im parlamentarischen Verfahren nur ratifiziert werden.

Ob «assoziative Demokratie» als neues Modell oder «Verhandlungsdemokratie» als kritische Entwicklung: Von den drei Säulen parlamentarischer Demokratie – Effizienz, Transparenz und Partizipation – erodieren zwei substantiell: Transparenz und Partizipation. Es sind jene beiden, die den parlamentarisch-demokratischen Prozess charakterisieren. Vertreter dieses «post-parlamentarischen Ansatzes» halten ihn quasi für einen Idealtypus nach Max Weber. Sie sehen allerdings die Praxis auf dieses Modell zulaufen. Gleichwohl profiliert sich die Gesellschaft auf Kosten ihrer Repräsentanten. Aber ist das im Kern undemokratisch?

### *Entgrenzung*

Entgrenzungsprozesse durch Globalisierung und Supranationalisierungen untergraben die Identität von Staat und Gesellschaft. Sie übersteigen die Reichweite demokratischer Legitimationsprozesse, die im Grundsatz an einem nationalen staatlichen Rechts- und politischen Kulturraum gebunden sind. Entgrenzungen überfordern die Bürger wie die Entscheidungsträger und führen zu Grauzonen demokratischer Legitimität. Nur nachrangige Bedeutung genießen Recht, Freiheit und normative Orientierungen. Alles habe nur noch eine Funktion, nichts mehr eine Bedeutung: eine postnationale, wertindifferente Demokratie.<sup>22</sup> Könnte sie überhaupt noch als solche bezeichnet werden – noch dazu, wenn die uns betreffende Exekutivlastigkeit der Europäischen Union eine starke Tendenz zur Demokratie ohne Demos offenbart?<sup>23</sup>

Die EU setzt unmittelbar geltendes Recht. Aber auch in «Europa» sind Verhandlungssysteme speziell zwischen der Brüsseler Kommission und organisierten Interessen entstanden, auf welche die erwähnten kritischen Einwände in gleicher Weise zutreffen. Die Legitimierung europäischer Verbindlichkeiten ist längst zu einem Kardinalproblem ausgewachsen, zumal weder «Europa», noch die Europäisierung nationaler Institutionen und Entscheidungsprozesse für die Bürger noch durchschaubar sind.

Nach Einschätzungen des Bundesverfassungsgerichts waren schon Ende der 1980er Jahre nahezu 80 Prozent aller Regelungen im Bereich des Wirtschaftsrechts durch das Gemeinschaftsrecht festgelegt; nach revidierter Zählweise sind es heute im Bereich der Wirtschaft rund 40, in anderen Politikfeldern bis über 80 Prozent. Insgesamt nahezu 40 Prozent *aller* deutschen Gesetze werden durch das Gemeinschaftsrecht veranlasst oder präformiert.<sup>24</sup>

Akteur auf europäischer Ebene ist die Bundesregierung, nicht das Parlament. Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Maastricht-Urteil 1993 angemahnt, dass auch dem Bundestag Aufgaben und Befugnisse von substantiellem Gewicht erhalten bleiben müssten. Im Lissabon-Urteil von 2009 bekräftigten die Verfassungsrichter, dass die staatlichen «Kernaufgaben» bei der Bundesrepublik, und damit im unmittelbaren parlamentarischen Kompetenzbereich, verbleiben müssen; oder aber, dass eben ein *europäischer* Staat durch ein europäisches Volk in einem *verfassungsgebenden Schöpfungsakt* gegründet werden müsste<sup>25</sup>: eine durchaus utopisch anmutende Alternative. Ob die durch Entgrenzung aufgeworfenen Probleme durch Parlamentarisierung auf welcher Ebene auch immer domestiziert werden könnten, bleibt angesichts der postparlamentarischen Entwicklungen eine offene Frage.

### *Kommunikations-, Orientierungs- und Führungsschwächen*

Es bedarf nicht der Kritik der Postdemokraten, um zu konstatieren, dass jene politische Öffentlichkeit, die stets als Voraussetzung für Demokratie galt, nicht nur im Strukturwandel, sondern in Destruktion begriffen ist. Die sozialen Medien, weithin überschätzt, wirken mehr privat statt öffentlich. Putnams frühere Diagnose, der Verfall der amerikanischen Bürgergesellschaft sei eine Fernsehkonsequenz, weil Zuschauer Stubenhocker seien<sup>26</sup>, gilt für die Netzkommunikation – jenseits von Ausnahmesituationen wie der «Arabellion» – in besonderem Maße. Aber schon im Fernsehzeitalter setzte sich die Fragmentierung des Publikums und die Marginalisierung zentraler politischer Kommunikationsangebote durch. Der legitimierende Diskurs dünnte aus, zumal die Medien ihre eigene Rationalität, ihre Dramaturgie und Auswahlkriterien der Politik aufzwingen, diese sich zunächst beugte, um dann umso intensiver ihrerseits durch dramaturgische Anpassung und Steuerung die Medien zu instrumentalisieren. Nicht Rationalität und Orientierung bestimmen den Diskurs, sondern Visualisierung und Personalisierung. Inszeniert wird ein Spiel um Macht und Personen, nicht die Aufklärung des Wesentlichen und des Zukunftsrelevanten. Die Priorität der Prosperitätsorientierung in der Gesellschaft muss unausweichlich Beharrungstendenzen Relevanz verleihen, solange Perspektiven und

Ziele des Wandels politisch in ihrer Komplexität nicht vermittelt werden. Wie sollen sich die Bürger anders positionieren, wenn ihnen weder Orientierung noch Konzept noch Zuversicht angeboten werden?

Speziell Deutschland hat sich seit langem zu einer erheblich demoskopisch gesteuerten Stimmungsdemokratie entwickelt, in der politische Führung in der Regel als riskant gilt. Emotionalisierung und Reaktionen in der japanischen Katastrophe belegen dies beispielhaft; denn der radikale Ausstieg aus der Kernenergie kurz nach ihrer Verlängerung ist keine Führungstat, sondern eine Folge aus dem Stimmungsdruck. Selbst die komplexesten und langfristig bedeutsamsten Materien unterliegen kurzatmigen, demoskopiegeleiteten Reaktionen,<sup>27</sup> in denen die Zukunft offen bleibt, weil nur einem populären Willen, aber keinem realistischen Weg gefolgt wird, dessen halbwegs verlässlichen Verlauf noch niemand kennt.

Tragen die Bürger Schuld an diesen Zuständen? Schließlich orientiert sich der politische Opportunismus an ihnen, wobei die Frage nach Ei und Henne müßig erscheint. Ja, die Bürger provozieren die effizienzorientierten, transparenz- und partizipations skeptischen Entscheidungsverfahren durch ihre materiellen Ansprüche. Zudem ist ihr Individualismus gewachsen. Ansprüche und Interessen in der Gesellschaft werden differenzierter, spezieller und egozentrischer: «Unterm Strich zähl ich». Interessen sind nicht mehr so leicht zu aggregieren, wie zu Zeiten, da ökonomischer Aufschwung im Prinzip noch ein Profit für jedermann gewesen ist angesichts des geringeren allgemeinen Wohlstands. Dieser selbst hat kein demokratisches Partizipationsbedürfnis kreierte, das sich auf die Politik als gemeinwohlorientierte, der Allgemeinheit dienende Größe erstreckt. Individualisierung bewirkt speziell, dass das unspezifische und politisch im Kern antiinstitutionelle Bedürfnis nach Selbstbestimmung, zugespitzt nach «Selbstregierung», wächst. Selbstbestimmung ist ein Grundwert der Demokratie. Allerdings stellt diese populäre Zuspitzung der Selbstregierung sich nicht die Frage, wie ohne die Verantwortung von Institutionen und ohne Repräsentation problemlösend, verbindlich und rational regiert werden soll. Die plebiszitäre Option hat aber nicht erst seit neuestem mehr als die Hälfte der Bevölkerung hinter sich, nicht so die repräsentative Demokratie<sup>28</sup>, deren Beteiligungsformen stetig weniger Resonanz finden.

Wenn aber schon die Kompetenz der Abgeordneten in der Wissenschaft wie im Volk kritisiert wird, dürfen Zweifel an der Komplexitätsintelligenz des Volkes nicht unterdrückt werden. Denn dieses selbstregierungsfreudige Volk vermag sich offensichtlich zwischen plebiszitärer und parlamentarischer Demokratie nicht konsistent zu positionieren. In Thüringen votierten z.B. 79 Prozent für Volksentscheide, 63 Prozent zweifelten allerdings zugleich an der Kompetenz der Bürger, über Gesetze zu bestimmen, nur 42 Prozent besitzen überhaupt stärkeres politisches Interesse und nur 6 Prozent halten

es persönlich für wichtig, sich politisch zu engagieren.<sup>29</sup> Die plebiszitäre Demokratie wäre offensichtlich nicht besser abgestützt als die repräsentative, soweit die «große» Politik betroffen ist.

Partizipation, soweit sie sich aktiviert, verlagert sich stark in regionale und lokale Fragestellungen, in denen sich Plebiszite (etwa 350 jährlich) verankert haben, formalisierte Verfahren also. Formalisierung und Vertretungsmechanismen für Partizipation bei Großprojekten im Nahraum werden für die Zukunft zu entwickeln sein, um demokratietheoretisch nicht akzeptable Konfrontationen von «verfasstem» und «spontanem» (ausschließlich opponierendem!) Volk oder gar «Schlichtungen» zwischen beiden wie bei Stuttgart 21 zu vermeiden.

### *Fazit: Defizitäre Realisierung einer unstrittigen Idee*

«Die» Demokratie und ihre, freilich oft unterschiedlich interpretierten, Prinzipien sind als kritischer Maßstab offenbar allgemein akzeptiert. Insofern lässt sich kaum von der Krise ihrer Idee sprechen. Kritik richtet sich hingegen auf ihre institutionelle und personelle Problemverarbeitungskapazität, auf defizitäre Leistungs-, Interessenberücksichtigungs- und Führungsfähigkeit. Sie muss aber auch den Bürger einbeziehen, dessen angemessenes Verständnis und Verantwortungsbereitschaft mit die schwächsten Glieder im demokratischen Prozess darstellen.

Der «Wutbürger» scheint partiell ein Medienphänomen zu sein.<sup>30</sup> In Stuttgart hatten sich über 50 Prozent der Protestierenden schon vor dem offiziellen Baubeginn gegen das Projekt engagiert, wobei die Ablehnung des Bürgerentscheids 2007 eine starke Motivation gewesen ist, grundsätzlich aber auch eine «grüne» Politik- und Lebenseinstellung: 75 Prozent neigen in der Wahlabsicht den Grünen zu. Folglich geht es um Problem-sichten und Politikeinstellungen – wenigstens überwiegend. Prominent zu diesen eher langfristigen Optionen gehört die Unzufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie und das äußerst geringe Vertrauen in politische Institutionen – beides jedoch auf der Basis positiver Einstellungen zur Demokratie als Staatsform.

Anders als vielfach angenommen, hat sich das Protestpotential im letzten Jahrzehnt nicht gesteigert. Es hat auch von den sozialen Netzwerken nicht wesentlich profitiert. Aber es scheint sich in der politischen Richtungskritik und der Skepsis gegenüber dem Funktionieren der demokratischen Institutionen zu verfestigen. Es paart sich mit der plebiszitären Option. Diese Einstellungen sind hoch mobilisierbar und werden sich als mitgebrachte Lebenserfahrung auch in der künftigen älteren, an Zahl zunehmenden Generation weiter verbreiten. Damit sind sie eine Herausforderung für das etablierte Institutionen- und Parteiensystem – und in diesem in besonderer

Weise wiederum für Konservative (die es in Union und SPD diesbezüglich in gleicher Weise gibt). Insofern ist es wesentlich und zur Verteidigung rationaler Entscheidungen zunehmend existentiell, erweiterten Partizipationsbegehren rechtlich geordnet Rechnung zu tragen.

## ANMERKUNGEN

<sup>1</sup> Siehe Samuel P. HUNTINGTON, *The Third Wave. Democratization in the Late Twentieth Century*, Oklahoma 1991.

<sup>2</sup> Francis FUKUYAMA, *The End of History and the Last Man*, New York 1993.

<sup>3</sup> Wolfgang MERKEL/Hans-Jürgen PUHLE/Aurel CROISSANT (Hg.): *Defekte Demokratien. Bd.1., Theorien und Probleme*, Wiesbaden 2003.

<sup>4</sup> Z.B. Hanns-Seidel-Stiftung, Politische Partizipation und gesellschaftliches Engagement in Bayern aus Sicht unterschiedlicher Generationen und Regionen. Generationenstudie 2010, München 2011.

<sup>5</sup> Michael CROZIER/Samuel HUNTINGTON/Jois WATANUKI, *The Crisis of Democracy – Report on the Governability of Democracies to the Trilateral Commission*, New York 1975.

<sup>6</sup> Susan J. PHARR/Robert D. PUTNAM, *Disaffected Democracies. What's Troubling the Trilateral Countries?*, Princeton 2000.

<sup>7</sup> Kai ARZHEIMER, *Politikverdrossenheit*, Wiesbaden 2002.

<sup>8</sup> Literatúrauswahl: E. J. DIONNE, *Why Americans Hate Politics*, New York 1992; William GREIDER, *Who Will Tell the People. The Betrayel of American Democracy*, New York 1992; Philip M. STERN, *Still the Best Congress Money Can Buy*, Washington 21992; Kathleen H. JAMIESON, *Dirty Politics. Deception, Distraction and Democracy*, New York 1993; Mathew A. CRANSON/Benjamin GINSBERG, *Downsizing Democracy: How America Sidelined its Citizens and Privatized its Public*, Baltimore 2002; Mark GREEN, *Selling out. How Big Corporate Money Buys Elections, Rams through Legislation and Betrays our Democracy*, New York 2002.

<sup>9</sup> André BRODOZ/Marcus LANQUE/Gary S. SCHAAL (Hg.), *Bedrohungen der Demokratie*, Wiesbaden 2008.

<sup>10</sup> Dazu Heinrich OBERREUTER, *Vertrauen in der Politik*, in: Martin K. SCHWEER (Hg.), *Vertrauensforschung 2010: A State of the Art*, Frankfurt am Main 2010, 87-102.

<sup>11</sup> Siehe Oskar NIEDERMAYER, *Bevölkerungseinstellungen zur Demokratie: Kein Grundkonsens zwischen Ost- und Westdeutschen*, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Jg. 40, H. 2, 2009, 383-397, hier: 385-388.

<sup>12</sup> So Dieter FUCHS/Edeltraut ROLLER, *Einstellungen zur Demokratie*, in: Statistisches Bundesamt (Hg.), *Datenreport 2008. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland*, Bonn 2008, 397-401, hier: S. 398.

<sup>13</sup> Vgl. Oskar NIEDERMAYER, a.a.O., 393.

<sup>14</sup> Vgl. Oskar NIEDERMAYER, a.a.O., 388-390 sowie Dieter FUCHS/Edeltraut ROLLER, a.a.O., 399f.

<sup>15</sup> So Emnid 2005: Pressemitteilung vom 10.8.

<sup>16</sup> Vgl. Joachim BEHNKE, *Vertrauen und Kontrolle: Der Einfluss von Werten auf Einstellungen zu politischen Institutionen*, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Jg. 40, H. 2, 2009, S. 397-413, hier: 404-409.

<sup>17</sup> Vgl. Oscar W. GABRIEL/Lisa SCHÖLLHAMMER, *Warum die Deutschen ihrem Abgeordneten nicht mehr vertrauen als dem Bundestag*, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Jg. 40, H. 2, 2009, 414-430, hier: 429f.

<sup>18</sup> Vgl. Joachim BEHNKE, a.a.O., 413.

<sup>19</sup> Colin CROUCH, *Postdemokratie*, Frankfurt am Main 2008.

<sup>20</sup> Svein S. ANDERSEN/Tom R. BURNS, *The European Union and the Erosion of Parliamentary Democracy. A Study of Post-Parliamentary Governance*, in: Svein S. ANDERSEN/Kjell A. ELIASSEN (Hg.), *The European Union: How Democratic Is It?*, Beverly Hills/London 1996, S. 227–251.

<sup>21</sup> Dieter GRIMM, *Das Grundgesetz nach 50 Jahren – Versuch einer staatsrechtlichen Würdigung*, in: Bundesministerium des Inneren (Hg.), *Bewährung und Herausforderung. Die Verfassung vor der Zukunft*, Opladen 1999, insb. 57.

<sup>22</sup> Jean-Marie GUÉHENNO, *Das Ende der Demokratie*, München/Zürich 1994.

<sup>23</sup> Vgl. die differenzierte Diskussion bei Ondrej KALINA, *Ein Kontinent – Eine Nation? Prolegomena zur Bildung eines supranationalen Demos im Rahmen der EU*, Wiesbaden 2009.

<sup>24</sup> Vgl. zu den Zahlen Annette Elisabeth TÖLLER, *Mythen und Methoden. Zur Messung der Europäisierung der Gesetzgebung des Deutschen Bundestages jenseits des 80%-Mythos*, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, Jg. 39, H. 1, 2008, S. 3–17.

<sup>25</sup> BVerfGE 89, 155 (Maastricht-Urteil) sowie BVerfGE 123, 267 (Lissabon-Urteil).

<sup>26</sup> Robert D. PUTNAM, *Bowling Alone: The Collapse and Revival of American Community*, New York 2000.

<sup>27</sup> Dazu jüngst Jürgen HABERMAS, *Merkels von Demoskopie geleiteter Opportunismus*, in: sueddeutsche.de vom 7. April 2011; der Gastbeitrag ist zeitgleich in der Druckausgabe der Süddeutschen Zeitung unter dem Titel «Ein Pakt für oder gegen Europa?» erschienen.

<sup>28</sup> Vgl. Renate KÖCHER, *Der Ruf nach dem Plebiszit. Umfrage des Allensbach-Instituts für die F.A.Z.*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 20. Oktober 2010.

<sup>29</sup> Vgl. *Thüringische Landeszeitung* vom 27. April 2001.

<sup>30</sup> Dazu Dieter RUCHT/Britta BAUMGARTEN/Simon TEUNE/Wolfgang STUPPERT, *Befragung von Demonstranten gegen Stuttgart 21 am 18. Oktober 2010. Pressekonferenz im Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung am 27. Oktober 2010*; *Göttinger Institut für Demokratieforschung, Neue Dimensionen Protests? Ergebnisse einer explorativen Studie Protesten gegen Stuttgart 21*, Göttingen 2010, sowie Marie Katharina WAGNER, *Der Mythos vom Wutbürgertum. Die Protestkultur in Deutschland ist nicht so neu, wie es manche Medien wünschen*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 11. März 2011.